Blockfreien in den Vereinten Nationen zu Afghanistan und Kambodscha und die Feststellungen auf den Konferenzen der Blockfreien zu diesen beiden Ländern.

Ich messe der im Oktober beginnenden Konferenz in Cancun auch Bedeutung bei in dem Bemühen, mehr Möglichkeiten für einen wirtschaftlich eigenen Weg, für bessere wirtschaftliche Entwicklung, für nicht nur vermeintliche, sondern für konkrete wirtschafltiche Unabhängikeit zu finden. Die SPD hat nie verschwiegen, daß die Industriestaaten den berechtigten Förderungen der Dritten Welt auch in Fragen der Wirtschaft und der sozialen Entwicklung entsprechen müssen. Es ist im gemeinsamen Interesse, wenn die westlichen Industriestaaten Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen und die weltwirtschaftlichen Strukturen gerechter machen. Ich glaube allerdings, daß viele Menschen in den blockfreien Staaten weniger an Schlagworten interessiert sind, als an konkreten Maßnahmen, die vielleicht zu Beginn sich bescheidener, dafür aber umso konkreter in der Praxis ausnehmen. Verschweigen möchte ich nicht, daß sich Staaten des Ostblocks, die in den Staaten der Dritten Welt lediglich feststellen, daß sie für das koloniale Erbe nicht verantwortlich seien und kaum Beiträge für die Entwicklung leisten, den betroffenen Staaten keinen Dienst erweisen.

Frage: Die europäischen blockfreien Länder (Jugoslawien, Malta und Zypern) und die permanent Neutralen (Österreich, Schweden, Schweiz, Finnland) haben in der letzten Zeit damit begonnen, insbesondere im Rahmen der KSZE eine auf europäische Fragen zugeschnittene Zusammenarbeit zu entwickeln.
Wie beurteilen Sie diese Aktivitäten?

Antwort: Die Bemühungen der von Ihnen erwähnten Staaten im KSZE-Prozeß werden von der SPD gewürdigt. Die Gruppe der neutralen und ungebundenen Staaten hat in begrüßenswerter Art und Weise im KSZE-Prozeß wiederholt zwischen Ost und West vermittelt. Ein Beispiel ist ein Entwurf der von Ihnen genannten Staaten für ein Schlußdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens.

Frage: Angesichts der sich verschärfenden Konfrontation zwischen den beiden Supermächten, kommt - nach den 50er Jahren - zur Zeit erneut auch in der Bundesrepublik eine Diskussion über Neutralität und Blockfreiheit für ganz Europa auf. Und die Tatsache, daß englische Labour-Abgeordnete den Austritt Großbritanniens aus der NATO und dafür den Beitritt zur Blockfreienbewegung fordern, macht deutlich, daß es sich um eine europäische und nicht um eine isolierte bundesdeutsche Diskussion handelt.

Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung und welche Bedeutung messen Sie ihr bei?

Antwort: Ich glaube nicht, daß man den Herausforderungen der Zukunft mit dem Rückgriff in die Vergangenheit begegnen kann, auch wenn noch so gut gemeinte Ideen dahintergesteckt haben. Die Bundesrepublik ist ein Land des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft. Es handelt sich um eine politische Grundsatzentscheidung. Und es ist in diesen beiden Einbindungen, in denen die Bundesrepublik ihren Beitrag für eine Entspannungspolitik zu leisten hat und leistet. Die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis hat dazu beigetragen, daß das ungefähre Gleichgewicht zwischen Ost und West erhalten blieb, das uns seit über 35 Jahren in dieser Region der Welt den Frieden erhalten hat. Unsere Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis tut deshalb keineswegs dem Interesse von Regierung und SPD an einer Stärkung wirklicher Blockfreiheit Abbruch. Die meisten blockfreien Staaten haben für unsere Interessenlage durchaus großes Verständnis.

.-.-.-.-.-.-.